

# 1 Atomkraft abschaffen! – Die Zukunft ist erneuerbar!

2  
3 Die Energiekonferenz der Fraktionen DIE LINKE in den Bürgerschaften Bremen  
4 und Hamburg, in den Landtagen Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen,  
5 Schleswig-Holstein und im Bundestag beschließt folgende:

## 11 RESOLUTION

### 13 Präambel

14  
15  
16 Wir stehen vor einem heißen Herbst. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Energiepolitik ist  
17 in vollem Gange. Anzeigen-Kampagnen der Atom-Lobby auf der einen und geplante Demonstrationen  
18 und Blockaden der Anti-Atom-Bewegung auf der anderen Seite. Die Bundesregierung hat sich auf die  
19 Seite der Atomkonzerne geschlagen. Der Streit um die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ist nur  
20 der Gipfel des Eisbergs. In den nächsten Wochen und Monaten geht es um die Energieversorgung der  
21 Zukunft. Wird der fossil-nukleare *status quo* zementiert oder der Ausbau Erneuerbarer Energien  
22 konsequent vorangetrieben? Denn Atom- und Kohlemeiler blockieren diesen Ausbau. Sie passen schon  
23 rein technisch nicht in ein auf Erneuerbare Energien orientiertes Energiesystem. Der Sachverständigenrat  
24 für Umweltfragen der Bundesregierung sieht daher die „Notwendigkeit einer Systementscheidung“.

25  
26 Weltweit wird derzeit das hohe Lied von der angeblichen Renaissance“ der Atomkraft gesungen. Die  
27 Atomkraft soll massiv ausgebaut werden, obwohl auch Uran ein endlicher Rohstoff ist. Selbst wenn man  
28 die atomare Katastrophe in Kauf nehmen und die Anzahl der derzeit 439 Atomkraftwerke weltweit  
29 verdoppeln würde, lassen sich damit Energieprobleme nicht lösen. Der am Anfang des Atomwahnsinns  
30 stehende Uranabbau ist ein dreckiges Geschäft. Er ist ein Raubzug gegen die Natur und gefährdet  
31 Menschenleben und findet zu dreiviertel auf indigenem Boden statt. Wir brauchen daher eine ganz andere  
32 Energiepolitik.

33  
34 Die technischen Voraussetzungen dafür sind längst gegeben. Die Kombination aus Energie sparen und  
35 Versorgung mit regenerativer Energie können Atomstrom und Strom aus fossilen Energieträgern  
36 mittelfristig ersetzen. Die sogenannte Stromlücke, die Drohung „das Licht ginge aus“, das Gerede von  
37 der „Brückentechnologie“ sind Propagandalügen der Energiekonzerne. Die Entscheidung für eine  
38 Energiewende ist also keine Frage der technischen Realisierung, es ist eine Frage des politischen Willens.

39  
40 In den bestehenden marktradikalen kapitalistischen Strukturen wird es keine Energiewende und vor allem  
41 keine soziale Energiewende geben. Sie ist nur durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen,  
42 durch eine Demokratisierung der Energieversorgung und vor allem durch massive öffentliche  
43 Investitionen zu erreichen.

44  
45 Die Weichen für eine vollständig Erneuerbare und damit dauerhaft klimafreundliche und sozial gerechte  
46 Stromversorgung im Jahr 2050 werden nicht 2020 oder 2030, sondern heute gestellt. Gemeinsam mit der  
47 Anti-Atom-Bewegung werden wir für die richtige Weichenstellung und den unverzüglichen,  
48 unumkehrbaren Atomausstieg kämpfen, auch auf Straßen und Schienen.

# 51 **I. Atomkraft abschaffen!**

## 52 53 54 **1. Atomkraftwerke: Die Gefahr stilllegen!**

55 Der unter Rot-Grün beschlossene „Atomkonsens“ von 2000/2001 stellt keinen Atomausstieg dar.  
56 Stattdessen garantiert der „Konsens“ einen reibungslosen Betriebsablauf der AKWs. Steuerfreie  
57 Rückstellungen in Milliardenhöhe bleiben gesichert, dadurch verfügen die Energiekonzerne über  
58 „günstige Hausbanken“ für ihre wirtschaftliche Expansion. Die garantierten Reststrommengen dienen  
59 allein den Profitinteressen der Atomindustrie. Die Stilllegung besonders unsicherer AKWs kann verzögert  
60 werden durch Strommengenübertragungen und reduzierte Stromerzeugung.

61 Die sogenannte „Eignungshöflichkeit“, d.h. die Hoffnung auf Eignung als Endlager, des Salzstocks  
62 Gorleben wurde bestätigt und die Inbetriebnahme von Schacht Konrad zugesichert. Zu ASSE II und zu  
63 den Sanierungskosten enthält der „Konsens“ bewusst kein Wort, d.h. es bleibt dabei: diese Kosten trägt  
64 die öffentliche Hand – also wir alle.

65 Der Schwarz-Gelbe Plan einer Laufzeitverlängerung um 10, 20 oder mehr Jahre wäre also die  
66 Verschlechterung eines sowieso schon katastrophalen Zustands. Für jedes Jahr zusätzliche Laufzeit der  
67 17 Reaktoren könnten sich die Energiekonzerne mindestens sieben Milliarden Euro Gewinn in die  
68 Taschen stecken. Jedes weitere Atomstromjahr bedeutet auch: Die Energieversorger sichern ihre  
69 Monopolstellung auf dem Strommarkt und der notwendige Einstieg in eine konsequente Energiewende  
70 wird verhindert.

71  
72 *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

73 Alle Atomreaktoren müssen durch ein Atom-Stilllegungsgesetz unverzüglich und endgültig stillgelegt  
74 werden. Die Abwicklung der AKWs soll durch ein transparentes Verfahren unter Beteiligung der  
75 Öffentlichkeit festgelegt werden. Die Betreiber tragen die Kosten. Bei Verweigern der unverzüglichen  
76 Stilllegung werden außerdem alle Atomanlagen per Bundesgesetz verfassungsgemäß nach Grundgesetz  
77 vergesellschaftet. Die steuerfreien Rückstellungen der Energiekonzerne werden dann in einen  
78 öffentlichen Fonds überführt. Als Sofortmaßnahme muss in jedem Fall ein ausreichender  
79 Versicherungsschutz durch die Energiekonzerne finanziert und damit müssen indirekte Subventionen  
80 sofort beendet werden.

## 81 82 83 **2. Atomtransporte und globale Atomwirtschaft**

84 Deutschland und insbesondere Norddeutschland ist zu einer Drehscheibe für die globale Ver- und  
85 Entsorgung der Atomwirtschaft geworden. Hunderte internationale Atomtransporte gingen und gehen  
86 nachweislich über Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Ob Atombrennstoffe oder  
87 deren Rohmaterial, ob Atommüll oder sonstige radioaktive Stoffe, die Transportzahlen steigen. Die  
88 Kapazitäten der Urananreicherungsanlage in Gronau sollen perspektivisch verdoppelt werden. Auch der  
89 Druck auf die geplante Lagerung in den Anlagen Schacht Konrad und Gorleben steigt an. Das Risiko ist  
90 groß, dass selbst nach einem Ende der Laufzeiten für Atomkraftwerke, Deutschland ein Logistik-Standort  
91 der globalen Atomwirtschaft bleiben wird. Ein Ausstieg ist aber nur dann ein Ausstieg, wenn es neben der  
92 Stilllegung aller deutschen Atomkraftwerke auch keinerlei logistische Unterstützung für den globalen  
93 Atomwahnsinn mehr gibt. Niemand kann außerdem die Sicherheit von Atomtransporten aus der  
94 Bundesrepublik über beispielsweise Frankreich, Belgien, USA, Kanada, Südkorea, Russland garantieren.  
95 Die Verwendung der radioaktiven Stoffe ist letztendlich nicht mehr zu kontrollieren.  
96 Anreicherungsfähiges und damit atomwaffenfähiges Material steht überall zur Verfügung. Damit sind die  
97 globale Zunahme der Atomtransporte und der Ausbau der Atomlogistik auch ein wesentlicher Beitrag zur  
98 atomaren Aufrüstung.

99  
100 *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

101 Deutschland muss vollständig aus der globalen Atomwirtschaft aussteigen. Es darf keinerlei  
102 Unterstützung mehr geben, in welcher Form auch immer. Alle Atomversorgungs- und  
103 Atommülltransporte müssen bis auf die zum Abbau der Atomanlagen unumgänglichen sofort gestoppt  
104 werden. Jede Beteiligung am Uranabbau muss verboten werden. Die atomare Anreicherung muss

ebenfalls sofort verboten werden. Atomforschung soll sich auf Strahlenschutz und die Sicherung atomarer Abfälle beschränken. Ächtung aller Atomwaffen weltweit.

### **3. Atommüll: verscharrt, verschaukelt, vertuscht ...**

Es gibt keine sichere Endlagerungstechnologie und eine endgültige „Entsorgung“ wird es auch nie geben. Die Geschichte der Atomenergie ist eine Geschichte der maßgeschneiderten Bedingungen für die Bedürfnisse der Atomindustrie. Das hat der ASSE II Skandal einmal mehr bewiesen. Ein Kartell aus politischen Parteien, versagenden Behörden und hörigen Wissenschaftlern hat diese Bedürfnisse stets neu im Interesse und auch im Auftrag der Energiekonzerne formuliert. Dies zeigt die Skrupellosigkeit der Atombefürworter im Umgang mit radioaktiven Stoffen. Das Medium Salz ist aufgrund seiner Wassergängigkeiten und seiner chemischen Eigenschaften für eine Atommülllagerung nicht geeignet. Das zeigen die Erfahrungen ASSE II und Morsleben. Der Salzstock Gorleben ist zur Lagerung von Atommüll, der hunderttausende von Jahren strahlt, nicht geeignet. Das Deckgebirge ist nicht intakt, Laugennester befinden sich im Salzstock und Oberflächenwasser wird über die Gorlebener Rinne zulaufen. Für ein Lager in tiefen geologischen Formationen ist nicht erkennbar, ob die Gesteinsschichten ungestört und homogen sind. Somit ist auch das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad nicht mehr in Betracht zu ziehen. Bei untertägiger Lagerung besteht grundsätzlich die Gefahr der radioaktiven Verseuchung des Grundwassers. Ein seriöses Verfahren für eine Lagersuche war und ist aber politisch nicht gewollt, Konzepte zum Umgang mit Atommüll können nur mit vollkommener Transparenz und unter Beteiligung der Bevölkerung eingeleitet werden. Auch in den oberirdischen Zwischenlagern tickt eine täglich wachsende atomare Fracht als Zeitbombe. Nur ein unverzüglicher Atomausstieg kann diese Gefahr verringern.

#### *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

Der weitere Ausbau des Salzstocks Gorleben unter dem Deckmantel der Erkundung muss sofort abgebrochen und Gorleben als Standort aufgegeben und zurückgebaut werden. Schacht Konrad darf nicht in Betrieb genommen werden. Eine unverzügliche, vollständige Rückholung des Atommülls aus ASSE II und Morsleben ist alternativlos. Anwohner und Beschäftigte dürfen dabei nicht gefährdet werden. Atommüll muss jederzeit kontrollierbar und Entscheidungen der Lagerung müssen reversibel sein. Unter dieser Prämisse muss die Frage der Atommülllagerung neu aufgerollt werden. Wir brauchen ein neues Konzept, das nicht davon ausgeht, dass man sich des Atommülls ein für allemal entledigen kann.

## 157 **II. Die Zukunft ist erneuerbar!**

### 160 **1. Erneuerbare Energie und Netze ausbauen!**

161 Der Einstieg ins erneuerbare Zeitalter fängt mit einem Abschied an. Das Konzept „Grundlastkraftwerk“  
162 mit Atom und Kohle steht einem konsequenten Ausbau Erneuerbarer Energien entgegen. Die Produktion  
163 von Strom aus Erneuerbaren Energien ist natürlichen Schwankungen unterworfen. Zum Ausgleich dieser  
164 Schwankungen werden als „Brückentechnologie“ schnell regulierbare Kraftwerke gebraucht, also genau  
165 das Gegenteil der unflexiblen Grundlastkraftwerke mit Kohle und Atom. Die Abscheidung und  
166 unterirdische Verpressung von CO<sub>2</sub> (CCS) zementiert das Grundlast-Konzept von gestern. CCS ist teuer,  
167 unsicher und daher schon lange vor seiner großtechnischen Anwendbarkeit eine überholte Technologie.  
168 Die Technologie für die Energiewende existiert. Die bisherige Infrastruktur des Stromsektors bildet aber  
169 ein Nadelöhr für den Ausbau Erneuerbarer Energien. Energiespeicher existieren kaum, die Stromnetze  
170 sind noch auf „Grundlast“ gepolt. Die großen Übertragungsnetzbetreiber folgen nur ihren  
171 Profitinteressen, der notwendige Ausbau wird verschleppt. Die bisher gesetzlich vorgeschriebene,  
172 vorrangige Einspeisung von Erneuerbaren Energien steht unter Schwarz-Gelb kurz vor dem Kippen durch  
173 Verweis auf fehlende technische Möglichkeiten, die die Energiekonzerne selbst verursacht haben. Kohle-  
174 und Atomkraftwerke sollen so am Netz gehalten werden. Nur mit einer gesetzlichen Grundlage kann ein  
175 zielgenauer und für alle Beteiligten planbarer Ausstieg aus der Kohle gewährleistet werden. Nur so ist  
176 der notwendige Wandel in den bisher vom Bergbau geprägten Regionen ökologisch und sozial  
177 ausgewogen zu gestalten.

178  
179 *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

180 Das Energiesystem muss endlich auf erneuerbar Energien umgestaltet werden. Neben der unverzüglichen  
181 Stilllegung der Atomkraftwerke müssen Neubauten von Kohlekraftwerken verhindert werden. Statt eines  
182 Emissionshandelsmarktes für neue Profite fordern wir ein Kohleausstiegsgesetz mit festen Restlaufzeiten  
183 für die bestehenden Kohlekraftwerke. Energiespeicher müssen massiv ausgebaut und der europäische  
184 Energie- Stromverbund gestärkt werden. Wir brauchen massive Investitionen in Regelungstechnologie  
185 für eine Kombination aus lokaler, regionaler Energieversorgung und einen großen Verbund. Die  
186 Einspeisung und Preisgestaltung muss transparent erfolgen und demokratisch kontrolliert werden. Die  
187 großen Stromübertragungsnetze müssen ausgebaut und an die neue Strategie angepasst werden, damit sie  
188 den neuen Ansprüchen flexibler Stromeinspeisung aus Erneuerbaren Energien genügen. Der Ausbau der  
189 Verteilnetze muss durch sogenannte intelligente Stromnetze (smart grids) zur Optimierung von  
190 Einspeisung und Verbrauch ergänzt werden.

### 193 **2. Rekommunalisierung: Energiekonzerne entmachten!**

194 Mehr als zehn Jahre nach der sogenannten Liberalisierung des Stromsektors haben die vier großen  
195 Energiekonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW eine unverändert marktbeherrschende Stellung im  
196 Großhandelsmarkt. Sie verfügen über 80 Prozent der Kraftwerksleistung, kontrollieren nach wie vor  
197 einen beachtlichen Teil der Übertragungs- und Verteilnetze, sowie durch Beteiligungen einen großen Teil  
198 regionaler und kommunaler Energieversorger. Sie arbeiten rein profitorientiert und dienen nicht der  
199 Daseinsvorsorge. Sie sind der demokratischen Kontrolle entzogen. Durch den mit der Anzeigenkampagne  
200 im August 2010 verbreiteten energiepolitischen Appell an die Bundesregierung wurde auch der hohe  
201 Grad der gesellschaftlichen Organisation dieser Macht offenbar. Hinter Öko-Rhetorik verbarg sich ein -  
202 allerdings recht plumper - Erpressungsversuch der Politik durch die vier großen Energiekonzerne. Dieses  
203 Vorgehen hat unsäglich Tradition, denn ein großer Teil der Gesetze im Energiebereich geht auf den  
204 Einfluss der Energiekonzerne und ihre Verflechtung mit den jeweiligen Bundesregierungen zurück.

205  
206 *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

207 Die Bürgerinnen und Bürger müssen ihre demokratische Gestaltungsmacht wiedergewinnen, die  
208 Energieversorgung wieder zum Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge werden. Die Energieversorgung  
209 ist eine Frage des Allgemeinwohls und muss wieder in öffentliche Verantwortung überführt werden. Zur  
210 Durchsetzung fordern wir die Vergesellschaftung der Energiekonzerne. RWE, Eon, Vattenfall und

211 EnBW. Die Stromübertragungsnetze müssen zum Restbuchwert an die öffentliche Hand überführt,  
212 Konzessionsverträge mit privaten Netzbetreibern für Verteilnetze beendet werden. Durch eine Reform der  
213 Kommunalfinanzierung müssen Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden,  
214 Stadtwerkebeteiligungen von Energiekonzernen zurückkaufen zu können. Das Gemeindefinanzierungsrecht  
215 muss von bestehenden Beschränkungen befreit werden, damit die Kommunen endlich wieder am  
216 Gemeinwohl und nicht am Profit orientiert wirtschaftlich gestalten können.

### 219 **3. Stadtwerke der Zukunft: sozial, ökologisch, demokratisch!**

220 Staatskonzernen, wie Vattenfall, die agieren wie private Energiekonzerne sind keine die Lösung. Auch  
221 Stadtwerke sind kein Modell, wenn sie in die fossile und atomare Stromerzeugung eingebunden sind.  
222 Eine gesetzliche Verpflichtung öffentlicher Unternehmen zu 100% Erneuerbarer Energieversorgung gibt  
223 es bisher nicht. Weite Probleme sind Verfälschung, Klientelwirtschaft und Intransparenz. Die  
224 parlamentarische Kontrolle ist geschwächt, findet gar nicht statt oder wird bewusst unterlaufen. Eine  
225 Einwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung gibt es kaum. Deshalb sind neue Formen öffentlichen  
226 Eigentums und der demokratischen Partizipation zwingend notwendig, damit Stadtwerke transparent und  
227 im Sinne sozialer und ökologischer Ziele handeln. Möglich sind Abstimmungen über grundlegende  
228 Entscheidungen, die z.B. parallel zu Parlamentswahlen oder in Einwohnerversammlungen stattfinden  
229 könnten. In Deutschland nimmt außerdem Energiearmut zu und wird jedoch politisch ignoriert. Der  
230 Energiekonzern E.ON kündigte mehreren tausend Gaskunden, die von ihrem gesetzlichen Recht auf  
231 Preisminderung Gebrauch machen. Insgesamt wurden im Jahre 2007 840.000 Haushalte vom Strom  
232 abgeklemmt.

234 *Die Energiekonferenz fordert deshalb:*

235 Energieversorgung ist und bleibt ein Grundrecht! Stadtwerke in öffentlicher Hand müssen die  
236 Energiewende konsequent vorantreiben. Dabei sollte die Energieversorgung mit anderen Bereichen der  
237 Daseinsvorsorge, wie etwa Verkehr und Wohnungswirtschaft im Interesse der Bürgerschaft gekoppelt  
238 werden. Stadtwerke müssen Sozialtarife oder eine kostenlose Grundversorgung anbieten mit linear  
239 steigenden Energiepreisen über dieses Grundkontingent hinaus. Abklemmungen von Strom, Wasser, Gas  
240 und Wärme müssen verboten werden. Die vollständige Umstellung kommunaler Energieversorgung auf  
241 100% Erneuerbare Energien wird gesetzlich mit einem festen Zeitplan vorgeschrieben. Stadtwerke  
242 ermöglichen direkt-demokratische Einflussnahme der Einwohner im Versorgungsgebiet durch  
243 Leitentscheidungen zu zentralen Fragen wie z.B. die Verwendung der Erlöse. In kommunaler Hoheit  
244 lassen sich am besten Projekte der Energieeffizienz und der umfassenden Nutzung Erneuerbarer Energien  
245 verwirklichen. Träger dieser Entwicklung sind in erster Linie Stadtwerke in öffentlichem Eigentum, aber  
246 auch Energiegenossenschaften und Energieinitiativen, die sich das Ziel setzen, ihre jeweilige Region  
247 vollständig regenerativ zu gestalten.